

Zeitung

Verundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:
Die 6 Spalten 34 mm breite Milli-
meter alle oder deren Kauf 50 Pf.,
Zwei Spalten 40 Pf., Restanten
12 Pf. 12 mm breite Milli-
meter alle 200 Mark. Anzeigen nehmen an
unserer Geschäftsstelle u. sämtliche
Anzeigenstellen. Erillungszeit:
6 Uhr. Erscheint täglich 2 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Geschäftsstelle: Halle, Neue Promen-
ade 10, Dr. Deubaustr. 17.
Abend-Geschäftsstelle: Große
Königsstr. 52 und Markt 24.
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4009.

Bezugspreise:

Die Halle monatlich bei zweimaliger
Auslieferung 6.00 Mark, vierteljährlich
16.00 Mark, durch die Post 18.00 Mark,
einzelne Nummern 10 Pf. Bestellungen
werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
amtlich, Zeitungsbezug als unter
Einschluss eingetragener. Für
Veränderung eingetragener Man-
skripte wird keine Gewähr über-
nommen. Nachdruck nur mit der
Quellenangabe. Halle, Zeitung Nr.
1149, der Postzeitung Nr. 1418
u. 7411, der Bezugs-Abt. Nr. 1133.

Nr. 172.

Halle, Dienstag, den 13. April 1920.

Einzelpreis 20 Pfg.

Weiteres Vorrücken der Franzosen.

Französische Kavallerie haucht wie die Eucalypten.

Hannau, 13. April. (Eigene Drahtnachricht.) In
einer amtlichen Bekanntmachung des hannauer Land-
rats wird Montag mitgeteilt, daß bis zum Abend der
gesamte Landkreis Hannau weilsch der Bahnhofs-
station Friedberg von den Franzosen besetzt werden
wird. Weiterhin soll auch die chemische Fabrik
Hannau und deren Umgebungen besetzt werden.

Berlin, 13. April. (Eigene Drahtnachricht.) Die
Franzosen sind heute im Kreise Hannau weiter vorge-
rückt und haben das ganze Gebiet bis zur Bahnhofs-
station Friedberg besetzt. Die Bevölkerung ist sehr er-
regt. Das französische Militär hat alsobald die örtliche
Sicherheitspolizei verhaftet, entwaffnet und nach Gröb-
schheim transportiert, sowie sämtliche Waffen, die für die
Zurück der Einwohner und Minderheiten ange-
sammelt waren, sowie außerdem noch 50 Pferde beschlag-
nahmt. Die Franzosen begannen in der Nähe von Quir-
schheim mit dem Bau von Schützengraben, Lebensmittel
haben und alles, was nicht niets und nagelegt war, zer-
trümmerten. Die Truppen gehörten zur 4. französischen
Kavalleriedivision.

Belgische Truppen in Frankfurt.

Frankfurt a. M., 13. April. (Eigene Drahtnach-
richt.) Wie von zuständiger Seite verlautet, werden
belgische Truppen heute, Dienstag, früh in Frankfurt
einmarschieren.

Die Aktion gegen den Räuber Holz.

Berlin, 12. April. Ueber die Lage im Vogtland wird
von amtlicher Seite mitgeteilt: Das Gros der Raubwehr
ist wieder aus der Umgehung von Chemnitz abgezogen. Die
Truppen haben dort Sicherungen zurückgelassen. Das Vogt-
land ist jetzt von der Raubwehr vollständig eingeschlossen.
Die Sühneraktionen dürfte in wenigen Tagen be-
endet sein.

Zu obigem Bericht ist noch nachzutragen, daß die
Minderungen in Chemnitz ein wenig größerer
Umfang erreichten, als es sich den Anschein hatte. So sind
der Firma Gebrüder Hebel zwei Pferde und zwei Wagen,
einem Spektierer Baum ebenfalls zwei Pferde, einer anderen
Firma ein Pflanzwagen, einer Kraftfabrik zwei Personen-
und ein Lastkraftwagen gewaltsam weggenommen worden.
Besonders gewaltsam verfuhr ein Trupp in der
Sofen Straße. Dort sind aus einer Villa Kleider-
schrank und Schmuckgegenstände im Werte von 25-30 000
Mark mitgenommen worden. Doch nicht genug damit, ver-
suchten die Eindringlinge die Villa noch in Brand zu setzen.
Sie hatten bereits die Balken angezündet und drohen
lebens, der das Feuer löschen wollten, mit Geschossen.
Mittelschwere konnte das Feuer trotzdem noch erlosch
werden. Außerdem wurden noch verschiedenen anderen
Wohnstätten in der Gegend Kleiderstücke und
Werkzeuge im hohen Werte geraubt.

In der Nacht zum Montag und am Montag selbst sind
auch in Marneville und anderen Orten des
oberen Vogtlandes kleinere Trupps bewaffnet aufgetre-
ten, die von Rheinthal gekommen zu sein scheinen, um ihre
Streifzüge durch das obere Vogtland zu unternehmen.

Wannau, 13. April. In Lindeenthal
wurden heute, abend, vier Personen abgeführt.
In dem neuen die Beschlüsse des höchsten Automobil-
führers durch die Wannauer Polizei verhängt werden
gehört wurde, daß gegen sie verfahren werden solle,
wie an anderen Orten. A. M. in Kalkstein. Unter dem
Druck dieser Drohung ist die Hölz, verlangte Entsum-
mung einer Million Mark nach Klingenthal
abgeschlossen.

Hölz verbietet sich in den Wäldern.

Aus Wannau wird gemeldet: Unter den von Hölz
Korpsführern bestand bis, wie bereits kurz gemeldet, auch
ein nach dem Posten zur Verhinderung entlassener
Schiffahrter eines Geisteskranken. Er wurde in einem
Korpsführer während der Nacht festgenommen, wie ein
Korpsführer nach der Wannauer Kolonie gefolgt und später
mit verschiedenen anderen Verhaftungen im Auto in ralen-
der Fahrt nach Schloß Kalkstein gefolgt. Auf der Fahrt
litt das Auto um, wobei es einen schwer und vier
leichte Verletzte gab. Im Krankenhaus wurden dann die Ver-
letzte nach Schloß Kalkstein abtransportiert und hier dem
Diktator Hölz vorgeführt, der zuerst zwei „Korps“ mit
der Frau in Gesellschaft schlug, so daß das Blut aus
Nase und Mund quoll. Der Vertreter des Leiters der
Walden wurde dann förmlich für verhaftet erklärt. In der Nacht
mußten die Verhafteten einem unheimlichen Spiel zu Fuß
zumauern und wurden später an der ködlichen Grenze
entlassen. Hölz reist mit seiner Garde in den
Wäldern von Kalkstein.

Eine gewundene Erklärung der französischen Regierung.

Paris, 13. April. (Eigene Drahtnachricht.) Eine
halbkreisförmige Note zufolge, welche gestern abend hier ver-
öffentlicht wurde, steht fest, daß, wenn der Oberste Rat der
von Deutschland beantragten Verlängerung der Frist, Truppen
in der neutralen Zone halten zu dürfen, in zustim-
mendem Sinne beantwortet werde und wenn die Zahl der

deutschen Truppen in diesem Gebiet auf das vereinbarte
Maß zurückgebracht werde, die französische Regierung nicht
länger den Einbruch hervorzuheben wolle, als ob sie den Ent-
schlossenheit des Rates dadurch entgegenwäre, daß sie die
restriktiven Beschränkungen der Fristen nicht erlöse.
Es liegt hinzu, daß die Besetzung deutscher Städte nur erfolge,
um die von den Deutschen verletzte Artikel 43 und 44 des
Friedensvertrages aufrecht zu erhalten und daß Frankreich
immer die Absicht hatte, die Städte zu räumen, sobald die
Alliierten Deutschland dazu gebracht hätten, das Abkommen
zu rezipieren.

Die englische Presse gegen den „Schwarzen Schrecken“.

London, 13. April. (Eigene Drahtnachricht.) „Daily
 Herald“ veröffentlicht einen Artikel, in dem entsetzliche
Einzelheiten über den „schwarzen Schrecken“ berichtet wer-
den, den Frankreich als Art ligener Politik gegen
deutsche Städte und besonders gegen die weißliche Ein-
wohnerchaft losgelassen hat. Er erzählt, ein hervorragen-
der englischer General habe gesagt: Wenn ich ein Deutscher
wäre, könnte ich wohl alles erzeihen, dies aber niemals.

Mißstimmung bei den bayerischen Truppen.

Berlin, 13. April. (Eigene Drahtnachricht.) Nach
hier aus Nürnberg vorliegenden Mitteilungen soll bei
den bayerischen Reichswehrtruppen eine gewisse Er-
regung herrschen, weil bei der Reichsregierung angeblich
die Absicht, die von radikaler Seite über das Ver-
halten der Truppen verbreitet werden, Glauben finden.
Wie dem „Volksboten“ gemeldet wird, hätten Ver-
trauensleute der Truppen sich nach Berlin begeben, um
dort über die ihnen Auffassungen zu geben. Die Abkom-
men, die nur aus Manuskripten bestand, wurde an aus-
ländischer Stelle nicht empfangen, sondern es wurde ihr
gemeldet, daß die Regierung von anderer Seite entgegen-
über die Lage unrichtig sei. Die Vertrauensleute be-
richteten die über den Truppen, die das Verhalten der
Regierung als eine schwere Kränklichkeit empfanden.
In einer Versammlung erklärten die Truppen, wenn
die Reichsregierung alle ihnen glaube, haben man kein
rechtes Vertrauen mehr zu ihr. Die Vertrauensleute
haben aber nicht mehr für die Regierung arbeiten. Die
Truppen würden daher in Zukunft keine Kampfab-
lungen mehr übernehmen. Vor allem wurde von den süd-
deutschen Truppen erklärt, daß sie sich nicht mehr in
Preußen verwenden lassen.

Diese Meldung wird, wie die bayerischen Truppen
anbelangt, der „Raffischen Zeitung“ von „Nürnberg
bonerischer Seite als unzutreffend bezeichnet. Die bayeri-
sche Regierung hat zur Unterbindung der Ungelegen-
heit den aus der Pfalz ausgewiesenen Regierungsmit-
gliedern von Winterstein entbieten. Die bayerischen Trup-
pen, die gegen die Sozialisten im Ruhrrevier kämpften,
liegen augenblicklich in Ruhe und erwarten weitere
Befehle.

Reichswehrminister Geßler über die falschen Nachrichten.

Berlin, 13. April. (Eigene Drahtnachricht.) Zur Nach-
richt, daß die im Aufgebote operierenden bayerischen Trup-
pen beschloßen hätten, in Zukunft keine Kampfhandlung zu
übernehmen, erklärt der Reichswehrminister Geßler, die
ganze Meldung in dieser Form lie eine niederrück-
tliche Erfindung. „Eine Abordnung der Truppe und des
Bürgermeisters ist vor einigen Tagen nach Berlin gekommen
und ist sofort mit mir und dem Reichsanstalt empfangen
worden. Es kann gar keine Rede sein, daß man die Ab-
ordnung hierher führen ließ, daß die Regierung ihren In-
formationen keinen Glauben schenke, oder daß sie den von
gegnerlicher Seite ausgehenden Verleumdungen Glauben
beimeße. Ueber die Verhandlungen selbst ist lastlich zu be-
merken, daß der Wunsch der Abgeordneten, die Ständge-
richte wieder einzuführen, nicht Berücksichtigung finden
konnte, weil die Reichsregierung der durch die Kampfab-
entstandenen starken Erregung unter der Bevölkerung bis
zu einem gewissen Grade Rechnung tragen muß. Selbstver-
ständlich geht dieses Entgegenkommen nicht soweit, daß
Verbrechen und Vergehen gegen die öffentliche Ordnung und
Sicherheit nun einfach hingenommen werden. Die Regie-
rung hat der Deputation mitgeteilt, daß sie lieber ein
etwaseres, hiesigen Sicherheiten bietendes Verfahren ein-
schlagen will.“

Bei der verbreiteten Mitteilung handelt es sich meines
Erachtens, so wie Herr Geßler weiter, um Ausreitungen von
geringer Stelle, die nur den Zweck verfolgen, der Regierung
die größten Schwierigkeiten zu bereiten, um ihren Sturz
herbeizuführen.“

Ein Reichsminister für Gotha.

W. B., Berlin, 12. April. Die Verhältnisse in Gotha
haben es erforderlich erscheinen lassen, unter Verhängung
des Ausnahmezustandes einen Reichsminister nach Sach-
Gotha zu entsenden, der für die baldige Herstellung ver-
fassungsmäßiger Verhältnisse Sorge tragen soll. Die Aufgabe
des Reichsministers soll es vor allem sein, mit möglichster
Beschleunigung Verhandlungen zum Landtage herbeizuführen,
damit eine verfassungsmäßige Regierung gebildet
werden kann. Der Reichsminister ist anzuweisen worden,
sich zu bemühen, die gegenwärtige Regierung zur saden-
mäßigen Mitarbeit bei Erfüllung seiner Aufgabe heranzu-
ziehen.

Die Krankheit Deutschlands.

Man weiß, daß, wenn der Kranke sich während der
Genesung nicht genügend isst, leidet ein Rückfall kommt
und daß dann die Krankheit mit verdoppelter Kraft auf-
tritt. Man kann Deutschland nur sofalls einem armen
Patienten vergleichen. Vor der Wille des Werra schied
sich Deutschland lüthlich in der Genesung, und schon kam
das Ausland, um uns zu quälern, nicht mit schönen
Worten, sondern durch die Tat: die deutsche Katastrophe,
der Welt, den das Ausland dem deutschen Volke heimtlich, Krieg
aufsehend. Da aber trat mit einem Mal der größere Rück-
schlag ein: erst durch den Berliner militärischen Ruch,
dann durch den kommunistischen Aufruhr im Ruhrkohlen-
gebiet. Jetzt befindet sich der Kranke wieder im Fiebers-
zustand. Zwar ist der militärische Ruch als solcher aus
der Welt geschickt, und die kommunistischen Truppen, von
der belohnenden Arbeiterschaft gänzlich allein gelassen, wer-
den auch bald der Erinnerung angehören. Aber nicht so
schnell aus der Welt zu schaffen sind die Folgen der beiden
unerwartungswürdigen Aktionen. Wodurch hat infolge
des Generalfreits in fast allen wichtigen Industriege-
genden Deutschlands die Arbeit ruhen müssen; der Gegen-
satz zwischen der verschiedenen Bevölkerungsschichten ist von
neuem aufgeklüft, die Arbeitstendenzen von neuem geschwächt
worden, das Vertrauen des Auslandes in die Stetigkeit
unseres Wirtschaftens wieder fast gesunken. Dennoch
in unerwarteter großer Teil der Schicksal unseres Volkes
ist das Gemeinheitsbewußtsein, der Gedanke, wie eng alle
Volksgenossen auf Gedeih und Verderben miteinander
verbunden sind, aufgewacht, und wenn dies nicht verloren geht,
so ist das ein Gewinn aus dem Wirrwarr, in dem wir ein
paar Wochen lang rettungslos zu verfallen schienen.

Freilich hindert mangelnde Mißtrauen und mancher
an sich bezweifelnde Stolz auf gewisse „Erzengelheiten der
Revolution“ die meisten noch, sich darüber klar zu werden,
welches denn die richtigen Mittel sind, um möglichst schnell
unseres Wirtschaftens wieder fast gesunken. Dennoch
in unerwarteter großer Teil der Schicksal unseres Volkes
ist das Gemeinheitsbewußtsein, der Gedanke, wie eng alle
Volksgenossen auf Gedeih und Verderben miteinander
verbunden sind, aufgewacht, und wenn dies nicht verloren geht,
so ist das ein Gewinn aus dem Wirrwarr, in dem wir ein
paar Wochen lang rettungslos zu verfallen schienen.

Die Zukunft in Deutschland waren noch nicht so lam-
mervoll wie jetzt in Rußland, als sich die Bergleute zu
Ueberrückungen über ihre Normalleistung von 7 Stunden
den täglich hinaus entschloßen. In dieser Richtung ist
nicht, noch der Verzerrung der letzten Wochen, mit ver-
stärkter Folgerichtigkeit und Einseitigkeit bei uns weiter ge-
arbeitet werden. Nur angepannte Arbeit wird uns die
Möglichkeit bringen, unsere Lebenshaltung durch ver-
billigte Waren und Lebensmittel weniger kostspielig und
schwierig zu gestalten. Ein Amerikaner hat vor einiger
Zeit gesagt: Deutschland werde rasch wieder gesund wer-
den, wenn es sich für eine 10tägige Arbeitszeit entscheide.
Nun, auf eine 10tägige Arbeitszeit brauchte man je nicht
gerade zurückzugehen, aber Tatsache ist: Wenn mirlich
unser wirtschaftlichen industriellen Werte nicht in die Gefahr
der Stilllegung gebracht werden sollen, wenn uns mittlich
daran liegt, daß Waren und Rohstoffe erzeugt werden, die
zur Ausfuhr als Gegenwerte für Einfuhrwaren und Le-
bensmittel verwandt werden können, wenn unserer Land-
wirtschaft die nötigen Maschinen, Werkzeuge, Düngemittel
geschaffen werden sollen, damit sie uns genügend Nahrungs-
mittel für den nächsten Winter zu erzeugen vermag, wenn
schließlich im nächsten Winter genügend und Beiz-
mittel für die Landwirtschaft, die Industrie und für
andere Wohnungen vorhanden sein sollen, — dann muß
wichtig Deutschland sich entschließen, sich eile wagt an die
Arbeit gehen, um endlich einmal aus dem der Krankheit zu
genesen, damit es nicht eines Tages, wie es geschah in
den Lebenszeichen heißt, „nach langem und schwerem Le-
den versterben“ ist.

Bayerns Ultimatum.

Es ist oft gesagt worden, daß mit dem Eintritt des
Reichsministers Bayern in das Deutsche Reich ein Gleich-
gewicht war, das nicht auf Gedeih und Verderb mit
sich verbinden sein würde. Es hatte in dem Maßbahr-
nützlich des deutschen Bundes, viel zu selbständige Poli-
tik zu treiben gelernt, die bei verschiedenen Gelegen-
heiten niemals Strupel verraten hätte, sich sogar gegen
Österreich und in Preußen zu behaupten, wenn es sein
wichtig, unter Anlehnung an das Ausland, ein ein-
bayerischer Ereignis, in großer europäischer Politik eine
Holle zu spielen, rechnet seine Vorgeschichte bis hin
das siebzehnte Jahrhundert zurück. Und eine besondere



banerliche Betrachtungsweise der laufenden Fragen nurmehr so fest in der Volkseele, daß der gemeindehafte Bewußtsein darüber eine Akzeptanzreaktion erhalten hat. Der personifizierte Exponent des Bapertums von heute, Dr. Heim, hat einmal gesagt, daß seine Lande nicht drei mal Bayern seien, ehe sie einmal als Deutsche ernteten und empfänden. Wer dieses Verhältnis nicht immer im Auge behalten hat, muß überfallen sein von der Drohung, die Ministerpräsident v. Kahr soeben ausgesprochen hat: Bayern werde sich einer Auflösung der Einheitsmeinung mit allen Mitteln, auch mit einem vorläufigen Übergang in den Auslande, an dem Reich zu beteiligen.

Wir können ja freilich den Born der Bayern gerade über diese Absicht der Reichsleitung verstehen. Die Einwohner wehren sich nicht wenigstens eine gewisse Bürgerlichkeit gegen eine revolutionäre Vergewaltigung der Dinge; und wenn ihre Aufregung mit der französischen, angeblich auf den Friedensvertrag gestützten Forderung begründet wird, so haben doch manche den Argwohn, daß eine Verbeugung gegen die Einwirkungen in der Monarchie liegt. Aber es dünkt uns doch etwas zu schwaches Gefühl, wenn Herr v. Kahr im Reichsrat-Tone nun gleich die ultima ratio einer Reichsleitung gegen sie ins Treffen führt. Man hätte es doch erst einmal auf dem Verhandlungswege versuchen sollen! Denn ein Antritt aus der Reichspforte ist schließlich leichter zu bewerkstelligen als der Wiedererinnert. Wir erinnern daran, daß Baden ein Jahr vor dem deutsch-französischen Kriege bereits drauf und dran war, sich dem Norddeutschen Bunde anzuschließen, davon aber wegen französischer Drohungen mit Kriegserklärung Abstand nahm. Frankreich ist eben von jeder Seite her ein gefährliches Feuer im Auge gewesen. Darum hätte auch zu bestreiten, daß ein derartiges Vorgehen Bayerns ein schlechtes Beispiel für die immer wiederkehrenden französischen Bestrebungen gäbe, auch das Rheinland vom Rumpfe des Reiches abzutrennen. Und am 10. April hat doch Bayern noch zusammen mit Württemberg, Baden, Hessen und Sachsen auf einer Konferenz zu Stuttgart an einer Einheitsfront teilgenommen. Jeder französische Versuch, Süddeutschland vom Reich abzulösen, müßte mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden!

Wenn wir v. Kahr's vorläufige Forderung mitteiligen, veranlaßt uns darum dem bayerischen Volke sein schuldloses Schicksal und Handeln in den schwebenden Fragen zu bestreiten, indem es durch den Sturz der bayerischen Ministerialregierung zu einem geordneten, seiner Würde entsprechenden Neuordnung seines staatlichen Lebens zurückgelangt ist.

Spann erkrankt

Berlin, 13. April. (Eigene Drahtnachricht.) Justizminister a. D. Dr. Spann ist, der „Germania“ zufolge, nicht unbedeutend erkrankt.

Die Grenzlinie für Schleswig.

Eine Denkschrift des deutschen Reichskommissars Dr. Köber.

Dem Präsidenten der Kommission Internationale Schleswig von dem deutschen Reichskommissar für Schleswig, Dr. Köber, eine Denkschrift überreicht worden, die die deutschen Vorschläge für die Grenzführung zwischen Schleswig und Dänemark eingehend darlegt. Dr. Köber gibt in diesem Schriftstück zuerst einen historischen Überblick über die Entwicklung der schleswigschen Frage seit 1864, der im Ultimatum vom 18. Juni 1890 Deutschland gemacht worden, weder Preußen noch das Deutsche Reich habe jemals einen Schritt getan, eine Volksabstimmung in Schleswig herbeizuführen, während die Denkschrift weist dann nach, daß eine vollständige Durchführung des Nationalitätenprinzips in Schleswig nicht möglich ist und daß allein nur auf dem Wege einer Verknüpfung der Angelegenheit erreicht werden kann. Als Grundlegend für die Grenzführung muß vor allem der Wunsch der Bevölkerung gelten, und es ist unbedingt notwendig, daß die internationale Kommission bei der nunmehr vorzunehmenden Abiegung einer Grenze eine volle Berücksichtigung der Wahlresultate eintreten läßt. Das wirtschaftliche Leben folgt dem nationalen auf dem Fuße. Jede Ver-

letzung der Grenze, die ohne Berücksichtigung dieser zwingenden Notwendigkeiten stattfindet, reißt dem lebensfähigen Volkstum im gleichen Maße volklich und wirtschaftlich unheilbare Wunden. Ebenso wie im Friedensvertrage die Grenzbestimmung Nordangelns für ein dänisch vorzuziehendes Schleswig vorgeschlagen wird, so muß der feste Grundhalt auch für ein deutsches Schleswig gelten und folglich dieser deutschen Stadt das Nordufer der Förde gelassen werden. Gleiche Überlegung ganz besonders auch wirtschaftlich-verkehrsbedingend für uns gilt die Grenzbestimmung an der Westküste gelten, zumal die Hauptorte Hoyer und Tondern ihren starken deutschen Nationalgeist durch die Abstammung bekräftigen haben.

Die Denkschrift geht dann weiter auf landwirtschaftliche, als auch geographische und geologische Gesichtspunkte ein und hebt zum Schluß hervor, daß durch die von Deutschland vorgeschlagene Demarkationslinie die sich in der Hauptsache auf die bekannten Tiefländchen des Schleswigs stützt, jedem Staat annähernd gleiche Fremdkümmen Minderheiten besessen werden und gleichzeitig seiner Bevölkerung die ökonomischen Mittelplätze dieser G-biete bewahrt bleiben. Der Denkschrift sind verschiedene Anlagen beigelegt, die ihre Hauptpunkte in einzelnen erhärtet. Die Anlage 1 befaßt sich mit der nationalen Schichtung in Schleswig nach den Ergebnissen der Volksabstimmung und stellt mit Recht die Unrichtigkeit des von dänischer Seite gegen die Tiefländchen Unterführung vorgebrachten Materials an den Pranger. Anlage 2 ist eine eingehende Untersuchung der wirtschaftlichen Momente, die bei der Grenzbestimmung wirksam werden und kommt zum Schluß, daß es notwendig für die Festhaltung einer Beherrschung ist, in einer lebendigen Verbindung mit dem Markt des deutschen Reiches zu bleiben. Die übrigen Anlagen sind Kartenmaterial, das die guten Gründe des deutschen Vorschlags auf das Beste und Zwingendste illustriert.

Geschäftsfunde bei Kapp-Putschisten.

Aus Breslau wird gemeldet: Reichskommissar Dr. Abicht hat nach eingehender Prüfung des gesamten Materials so sichergestellt, daß die Beweise über die aktive Beteiligung des Major Oskar Dörmann an Kapp'scher Schöpfung erhalten, daß er einen Auftrag für sofortige Verabschiedung der in Betracht kommenden Offiziere an den Reichswehrminister gerichtet hat. Diese werden auf ein zivilrechtlich haftbar gemacht werden. Eine Untersuchung in Dörmann, dem Gute des deutschnationalen Abgeordneten von Kessel, hat auf dessen Reise vier Geschäfte und vier Klammern erwerber, sowie zwei dem Domänenpächter Stimmel in Bielefeld neun Geschäfte und neun Klammern erwerber aus Kassel'sche gebracht. Der Gewinn des vorliegenden Materials über ihre Beziehungen an Kapp-Putsch sind vom Präsidenten Reichswehrpräsidenten eine Anzahl schlesischer Bürgermeister, Polizeibehörden, Gemeindevorsteher, ferner der Bürgermeister Briesel (Ammelsfeld bei Breslau), Polizeikommandant Sanitätsrat Dr. Ernst in Strassburg, Gemeindevorsteher Nießlich (Kofel bei Breslau), die beiden Bürgermeister Preuß und Mühlner in Striegau, Landrat Graf von Imburg-Sierum, Regierungsrat von Schifflin und Kreisrat Hauptmann von Wolfsmann-Biedau in Trebitz beurlaubt hat, von ihrem Dienste entbunden worden. Die Beurlaubung einer Anzahl weiterer Landräte steht bevor.

Freilassung der übergetretenen Reichswehrruppen.

Berlin, 12. April. Die in den ersten Tagen des Kapp-Putches aus dem Ruhrrevier abgedrängten und von den Engländern entnommenen 1000 Mann Reichswehrruppen unter Befehl des Generals von Gildhausen sind gestern von den Engländern freigegeben worden und befinden sich auf dem Abtransport.

Landtagswahlen im Kreise Strelitz und Stargard.

Strelitz, 12. April. Bei den gestrigen Landtagswahlen wurden der „Landeszeitung“ zufolge im Landkreise Strelitz und im Landkreise Stargard die beiden sozialdemokratischen Kandidaten als Kandidaten gewählt. Die Wahl erbrachte in beiden Wahlbezirken eine starke Zunahme der Sozialdemokratie.

reichern besetzt, konnte sich aber gegen General Alcher, der die Stadt am 13. Juli 1796 besetzten ließ, nicht halten. Alcher zog ein und legte den Franzosen eine neue Brandschöpfung von sechs Millionen Franken in Geld und zwei Millionen in Lieferungen auf. Am 2. Dezember wurde darauf Frankfurt als neutrale Zone erklärt, was auch der sogenannte Reichsdeputationshauptschluss von Regensburg von 1806 bestätigte. Im Jahre 1808 wurde Frankfurt dann zum hundertsten Male von den Franzosen okkupiert. Diesmal von dem General Angereau, einem Getreuen Bonapartes, der der blühenden Reichstadt wiederum drei Millionen Franken mit 9000 Mann Besatzung absprecht. Mit der Gründung des Rheinbundes verlor dann die Stadt ihre Selbstständigkeit und wurde dem Staate des Fürsten-Primas Karl von Dalberg zugeteilt. Dieser vermochte sich aber nicht zu behaupten, und so wurde Frankfurt unter dem Druck Frankreichs Hauptstadt des neugegründeten Großherzogtums Frankfurt. Am 2. November 1813 jagten dann die Verbündeten wieder in Frankfurt ein und stellten die Stadt unter den von Sten geleiteten Zentralverwaltungsrat, bis sie durch den Wiener Kongress wieder für eine freie Reichsstadt erklärt wurde.

Die Stadt erlitt dann noch einmal eine kriegerische Okkupation, diesmal durch Preußen im Jahre 1866, als die Stadt auf die Seite Österreichs trat. Nun, nach fünfzig Jahren, erfolgt die letzte Besetzung, die fünfte durch die Franzosen. Die Stadt ist durch die früheren ohne sonderlichen Schaden durchgekommen, und so wollen wir hoffen, daß diese letzte Okkupation stimpflich abläuft.

Pläne von Hans Pfitner.

Der Komponist Hans Pfitner hält sich augenblicklich in Berlin auf, er wird dort bis Mitte Mai bleiben. Er hat die Regie des Kaiserlichen Opernhauses, den Kapellmeister Klemperer in Berlin dirigieren wird. Mitte Mai wird sich Pfitner nach Freiburg i. B. begeben, wo er den Kaiserlichen Musikfesten selbst leitend, bis er wieder ins Ausland reisen und dirigieren. Selbst dirigiert, und zwar als Gast, hat er ihn bis jetzt nur in München und Berlin. Die Auf-

Der französische Sozialist Renaudel in Berlin.

Berlin, 13. April. (Eigene Drahtnachricht.) Wie wir hören, ist gestern der französische Sozialist Renaudel in Berlin eingetroffen. Renaudel ist hier mit führenden Persönlichkeiten beider Fraktionen der deutschen Sozialdemokratie in Verbindung getreten.

Japanische Besichtigungen in Ozeanien.

Washington, 12. April. Keuter. Das Kriegsmatrosen mit, in Washington ist seit dem 5. April alles ruhig. Nur die Antifer der Unruhen werden verhaftet.

Paris, 12. April. Sapaas. Der Minister des Meeres demontiert die Anlässe des amerikanischen Staatsministers der Marine Daniels, daß Japan die Karolinen, Marianen und Marshall-Inseln besetzen würde.

Wilson bleibt hartnäckig.

Amsterdam, 12. April. „Times“ melden aus New York, daß Wilson nach wie vor beabsichtigt, die Entlassung, in der der Kriegszustand mit Deutschland für beendet erklärt wird, unbeachtet zu lassen.

Deutsches Reich.

Mehrfachsozialisten und Unabhängige.

Sitzungsprotokoll hat Eduard Bernstein zu Ostern im „Vorwärts“ als Wirkung des Kapp-Putches auf das Verhältnis der beiden sozialdemokratischen Parteien zu einander herangezogen. „Man sieht nicht mit den Augen des Zufalles auf einander“. Diese Sitzungsprotokoll hat eine starke Abkühlung erfahren durch die Mitteilung von Friedrich Stampfer im „Vorwärts“ vom 8. April, daß die Unabhängigen sich am 12. März gewinnert haben, selbst in Gegenwart von hervorragenden sozialdemokratischen Führern des Auslandes, mit Mehrheitssozialisten offiziell an einen Tisch zu legen. Die „Freiheit“ hat am 8. April abends die Weigerung in folgender Form bekräftigt: „Eine Weigerung, die von Genossen jeder Parteirichtung angeregt wurde, um unter Vermittlung der internationalen Kommission mit Vertretern der S. R. D. über eine gemeinsame Fortführung der Aktion gegen Kapp zu beraten, wurde von der Parteileitung in einem Ülla gemäß unserem prinzipiellen Standpunkt, der jedes Eintreten für die Weigerung von Kapp-Putsch auszuhalten, abgelehnt. Es ist selbstverständlich, daß diese Weigerung, die in einer Ausdrucksform mit Hurmans gefaßt, sich in den häufigsten Formen abspiegelt.“

Bescheinigen ist, daß die „Freiheit“ glaubt, noch besonders hervorheben zu müssen, daß die Weigerung gegenüber dem Führer der belagerten Sozialdemokratie nicht groß, sondern höchlich erfolgrichtig.

Der Reichswehrminister verweigert allein über Zeitungsverbote.

Berlin, 12. April. Laut Abendblätter hat die zur allgemeinen Beschlüssen Reichswehrminister, die für die Zeitungsverbote in der Reichswehrminister angeordnet, daß Zeitungsverbote und Zeitungsverordnungen in jedem Falle ihm selbst vorzulegen sind.

Halle und Umgebung.

Halle, den 13. April 1920. Kapitalkassentage.

Das städtische Finanzamt schreibt: „Das von der Nationalversammlung beschlossene Kapitalrentenverbot ist für die Schuldner der Zahlungen ihrer Schuldenscheine sehr zum Schaden der Zinsen einzuhalten und an das für die städtische Finanzamt abzuführen. Dies gilt schon für die Zinsen, die am 31. März oder 1. April fällig werden, ebenso wie für die Zinsen, die am 1. April fällig werden. Die Steuer mit einem Monat nach Fälligkeit der Zinsen einrichtet werden, wobei der Schuldner Namen und Wohnung des Gläubigers, den Schuldbetrag, den Betrag der geschuldeten Zinsen und den Zahlungsplan, für den die Zinsen zu zahlen sind, anzugeben hat. Darlehnsscheine, die für die Zeit vor dem 1. Oktober geschuldet werden, bleiben hiervon ausgenommen.“

Für die Zahlung der Steuer ist der Schuldner persönlich verantwortlich. Einstill er keine Verpflichtung vorzulegen über

führung des Palästina in Freiburg ist die Feststellung des dortigen Theaters zur Feier des hundertjährigen Bestehens. Nachdem Straßburg für Deutschland verloren ist, bemüht sich die Stadt Freiburg, der Sammelplatz für die Kulturbestrebungen des deutschen Süddeutschens, ein neues deutsches Kulturzentrum zu werden. Der Leiter des Stadttheaters, Direktor Schwanndorfer, früher in Wülhausen i. G., erstrebt dieses Ziel mit allen seinen Kräften. Hans Pfitner, der bekanntlich sich zur Kaiserlichen Oper in Straßburg wickelt und dann von dort aus betrieben worden ist, unterstützt Freiburg ganz hat und tat.

Nach der Freiburger Zustimmung wird sich Pfitner vorerst auf einige Monate Ruhe geben, die ihm seit der Straßburger Zeit nicht mehr gegnnet war. Er beschäftigt im nächsten Winter in der Hauptstadt in seinem bayerischen Landhause zu bleiben, um neben kompositorischer Tätigkeit ein längeres geplantes Buch über Schumann zu schreiben.

Prinzessin und „Goulash“.

Eine hübsche Geschichte aus dem Familienleben, die für die Empörungsmomente unserer Zeit bezeichnend ist, erzählt ein schwebisches Blatt: Eine Stodholmer Familie hatte durch ihren Hausarzt eine Krankenheilerin erhalten, die horner, wie die Familie war, gründlich ignoriert wurde. Die Krankenheilerin besuchte eines Tages in Recepterangelegenheiten den Arzt, und dieser fragte, wie es ihr gehe.

„Ja, so so“, war die Antwort. „Ich würde aber nicht klagen, wenn man mich nicht in der Küche essen ließe.“ Der Arzt wurde ärgert und lächelte am nächsten Tage die Familie an, um zu hören, wie es mit der Placierung der Krankenheilerin in der Küche geworden sei.

„Aber ich die Kräfte brauchen?“ fragte er. „Sie gibt's keine Kräfte.“ „Ja, dann die Kräfte, wenn Sie meinen, daß das besser klingt.“ „Grüß... Prinzessin...“ sammelte man. „Ja, ich meine die Krankenheilerin, die Sie haben.“ „Da kam das Tabaker.“ Die Krankenheilerin war die Gräfin Bernadotte, Mitglied der königlichen Familie.

Unterhaltungsbeilage der Saale-Zeitung, Mittwoch, den 14. April. Anzahl: 500. Wo ist du? Kommen von Reden von 30 Seiten. Wie es mit... von 3. Leipzig. Wann werden die Besatzung der Wozens... - Literatur.

Frankfurt unter den Franzosen.

Historische Erinnerungen. Karl Gustav ließ in seinem berühmten gebornenen Drama „Der Ahnheitsmann“ den Grafen Thorane, der zur Zeit, als Goethe Knabe war, als französischer Disputationskandidat im Hause des Vater Goethe verlebte, zum Schluß sagen: „Wen, was nicht, a zoulou!“ Die Franzosen, deren Reichthum dieser elegante und vornehme Gelehrter war, haben selber dieses Aileu a zoulou nicht eingesehen. Seit 1757, dem Beginn des siebenjährigen Krieges, waren die Franzosen öfter durch die deutsche Krönungslinie, die Frankfurt seit 1593 war, hindurchmarschiert. Am 2. Januar 1759 war die Stadt dann endgültig besetzt worden. Trotz dieses Protestes dauerte diese erste Okkupation Frankfurts bis zum Ende des Königs Friedrichs des Großen mit Europa an. Aus Goethes „Dichtung und Wahrheit“ kennen wir die Zustände während dieser Besetzung genau. Der Epantismus blühte ja damals noch nicht so wild wie heute, und es waren keine die absolutistischen Parteien, die sich gegenseitig das Leben schwer machten, als die geplanten Wüter, die den Disputanten ihrer Herren mit ihrem Blut und Leben nachhaken geben mußten. So ging es damals auch recht häufig in Frankfurt zu. Anders verhielt sich die zweite Okkupation der Stadt, die im Oktober 1793 der Revolutionsgeneral Custine als Gegenstoß gegen die Affektion der Hüligen Fürsten für den unglücklichen Ludwig XVI. vornahm. Hier wickelte sich ein Volk, das eben die Fesseln des Absolutismus abgeworfen hatte, gegen den noch absolutistisch regierten Osten. Custine legte der Stadt eine Kontribution von zwei Millionen Gulden auf. Die Herrlichkeit der Franzosen dauerte nicht lange: am 2. Dezember eroberten die aus der Champagne sich zurückziehenden Preußen und Hessen unter Wüdel die Stadt zurück. Im Jahre 1796 wurde Frankfurt dann von den Oester-

